

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr,
Klimaschutz und Umwelt

Planfeststellungsbehörde



SenMVKU IV E - Planfeststellungsbehörde gemäß § 22b Abs. 3 Berliner Straßengesetz (BerlStrG)

Entscheidung
zur Einstellung des Planfeststellungsverfahrens
für die

Straßenbaumaßnahme
„Ost-West-Trasse zwischen Straße an der Wuhlheide
und Mahlsdorfer Straße “

im Bezirk Treptow-Köpenick
von Berlin

- SenMVKU IV E 1 - 2023-0040

Berlin, den 30. August 2023

Inhaltsverzeichnis

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	2
<i>Verfügender Teil</i>	3
A I. Entscheidung	3
A II. Planunterlagen (entfällt)	3
A III. Hinweise	3
A IV. Kosten (entfällt)	3
<i>Begründung</i>	4
B I. Zum Antrag	4
B II. Verwaltungsverfahren	4
B III. rechtliche Würdigung	5
B III.1. Verfahrensrecht	5
B III.1.1. Rechtsgrundlage	5
B III.1.2. Zuständigkeit	6
B III.2. Materielles Recht	6
B III.2.1. Nichtbestehen einer UVP-Pflicht	6
B III.2.2. Berührung öffentlicher Belange	6
B III.2.3. Berührung Rechte anderer	6
<i>Kostenentscheidung (entfällt)</i>	7
<i>Rechtsbehelfsbelehrung</i>	7
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	8
<i>Fassungs- und Fundstellennachweis</i>	10

A

Verfügender Teil

A I. Entscheidung

Auf Antrag der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt, Abteilung Tiefbau – V B A 11 - vom 08.06.2023, ergeht auf der Grundlage von § 23 Abs. 6 Berliner Straßengesetz folgender Bescheid:

Das Planfeststellungsverfahren für das Straßenbauvorhaben „Ost-West-Trasse zwischen Straße an der Wuhlheide und Mahlsdorfer Straße“ im Bezirk Treptow-Köpenick von Berlin wird eingestellt.

Mit der Einstellung des Planfeststellungsverfahrens finden alle Einwendungen und Stellungnahmen ihre Erledigung und es endet die gesetzliche Veränderungssperre nach § 23 Abs. 1 BerlStrG.

A II. Planunterlagen (entfällt)

Es wurden keine Unterlagen eingereicht.

A III. Hinweise

Für das oben bezeichnete Straßenbauvorhaben ist kein Planfeststellungsbeschluss erlassen worden.

A IV. Kosten (entfällt)

Es werden keine Verwaltungsgebühren erhoben.

B

Begründung

B I. Zum Antrag

Die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt, Abteilung Tiefbau beantragt mit Schreiben - V B A 11 - vom 08.06.2023 (eingegangen am 08.06.2023) die Einstellung des Planfeststellungsverfahrens für das Straßenbauvorhaben „Ost-West-Trasse zwischen Straße an der Wuhlheide und Mahlsdorfer Straße“ im Bezirk Treptow-Köpenick von Berlin im Zuge der geplanten Einleitung eines anderen Planfeststellungsverfahrens für die Maßnahme „Westumfahrung Bahnhofstraße“.

B II. Verwaltungsverfahren

Mit Schreiben vom 03.12.2004, eingegangen am 06.12.2004 bei der zuständigen Anhörungsbehörde (SenStadt GR), hat das Land Berlin, vertreten durch den Bezirk Treptow-Köpenick den Antrag auf Einleitung des Planfeststellungsverfahrens für das Straßenbauvorhaben „Ost-West-Trasse zwischen Straße an der Wuhlheide und Mahlsdorfer Straße“ im Bezirk Treptow-Köpenick gestellt. Das geplante Straßenbauvorhaben besteht aus zwei Teilabschnitten; zum einen handelt es sich um die Ertüchtigung der Straße Am Bahndamm (von Mahlsdorfer Straße bis zur Hämmerlingstraße) und zum anderen um den Neubau einer Straße II. Ordnung nach § 20 Nr. 2 BerlStrG am Rande der Wuhlheide (von der Straße Am Bahndamm bis zur Straße an der Wuhlheide).

Gemäß § 22 BerlStrG ist der Träger des Vorhabens für den Bau von Straßen II. Ordnung die für das Bauwesen zuständige Senatsverwaltung. Für das bisher laufende Verfahren liegt eine Ermächtigung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Schreiben SenStadt X AbtL an GR AbtL vom 10.06.2005) vor, die das Einverständnis mit der Vorhabenträgerschaft durch den Bezirk erklärt.

Der Plan hat in der Zeit vom 10.01.2005 bis 10.02.2005 im Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin, Rathaus Köpenick, Stadtplanungsamt, öffentlich zu jedermanns Einsicht ausgelegen. Parallel hierzu wurde die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchgeführt. Die Stellungnahmen und die Einwendungen, soweit sie rechtzeitig erhoben wurden, wurden vom 30.11.2006 bis 06.12.2006 im Robert-Bunsen-Saal der WISTA Management GmbH, Berlin Adlershof, Rudower Chaussee 17 in 12489 Berlin erörtert. Von der Erörterung wurde ein Wortprotokoll gefertigt. Der Erörterungstermin war

entsprechend der Bekanntmachung vom 17.11.2006 im Amtsblatt für Berlin sowie drei Berliner Tageszeitungen (Tagesspiegel, Morgenpost, Berliner Zeitung) nicht öffentlich. Auf Antrag wurde zu Beginn des Termins die Öffentlichkeit hergestellt.

Die Bearbeitung der Einwendungen und Stellungnahmen wurde erschwert durch die zwischenzeitlich veröffentlichten Bevölkerungs- und Landesverkehrsprognosen, auf die die Vorhabenträgerin mit einer Aktualisierung aller Fachgutachten sowie der Änderung der Planung zu reagieren hatte.

Im Ergebnis veranlasste die prekäre Personalsituation - sowohl im Stadtentwicklungsamt als auch im Straßen- und Grünflächenamt, welche bisher die Aufgabe wahrgenommen haben - den Bezirk Treptow-Köpenick, die Vorhabenträgerschaft Anfang 2018 wieder an die zuständige Senatsverwaltung, Abteilung Tiefbau zurückzugeben. Dort konnten die Planungen erst nach Vorliegen der haushalterischen sowie personellen Voraussetzungen aufgenommen bzw. fortgesetzt werden.

In Verbindung mit der Einleitung eines anderen Planfeststellungsverfahrens für die Maßnahme „Westumfahrung Bahnhofstraße“ beantragte die zuständige Vorhabenträgerin (derzeit Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt, Tiefbauabteilung) am 08.06.2023 die Einstellung des Planfeststellungsverfahrens für das Straßenbauvorhaben „Ost-West-Trasse zwischen Straße an der Wuhlheide und Mahlsdorfer Straße“ im Bezirk Treptow-Köpenick von Berlin.

B III. rechtliche Würdigung

B III.1. Verfahrensrecht

B III.1.1. Rechtsgrundlage

Gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 des Berliner Straßengesetzes (BerlStrG) dürfen Straßen I. Ordnung nur gebaut oder geändert, Straßen II. Ordnung sowie dem übergeordneten, insbesondere touristischen oder überbezirklichen Verkehr dienende selbstständige Geh- und Radwege oder Radschnellverbindungen nur gebaut werden, wenn der Plan vorher festgestellt worden ist. Bei der Planfeststellung sind die von dem Vorhaben berührten öffentlichen und privaten Belange einschließlich der Umweltverträglichkeit im Rahmen der Abwägung zu berücksichtigen (§ 22a Abs. 5 BerlStrG). Das Verwaltungsverfahren bestimmt sich nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes über das Verfahren der Berliner Verwaltung (VwVfG Bln) in Verbindung mit §§ 72 bis 75 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG).

Wird das Vorhaben vor Erlass des Planfeststellungsbeschlusses endgültig aufgegeben, so stellt die Planfeststellungsbehörde das Verfahren nach § 23 Abs. 6 BerlStrG durch Beschluss ein. Der Beschluss ist nach § 23 Abs. 6 BerlStrG in Verbindung mit § 69 Abs. 3 VwVfG öffentlich bekannt zu machen. Mit der Bekanntmachung endet die Veränderungssperre (§ 23 Abs. 6 BerlStrG).

B III.1.2. Zuständigkeit

Das Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – IV E 1 – ist gemäß § 22b Abs. 3 BerlStrG i.V.m. mit Nr. 11 lit.a) der Anlage zum Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG Bln) die zuständige Planfeststellungsbehörde und damit auch für die Einstellung eines Verfahrens zuständig.

B III.2. Materielles Recht

B III.2.1. Nichtbestehen einer UVP-Pflicht

Für das Vorhaben ist bis Dato kein Planfeststellungsbeschluss erlassen und somit auch keine Baugenehmigung erteilt worden. Dementsprechend sind im Zuge der Einstellung des Verfahrens keine nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG) relevanten Eingriffe zu besorgen.

B III.2.2. Berührung öffentlicher Belange

Durch die Einstellung des Verfahrens werden keine öffentlichen Belange berührt.

B III.2.3. Berührung Rechte anderer

Rechte Dritter werden nicht beeinträchtigt.

Mit der Einstellung des Planfeststellungsverfahrens finden alle Einwendungen und Stellungnahmen ihre Erledigung und es endet die gesetzliche Veränderungssperre nach § 23 Abs. 1 BerlStrG.

C

Kostenentscheidung (entfällt)

Die Entscheidung über die Kostenbefreiung beruht auf § 2 Abs. 1 Nr. 1 der Verwaltungsgebührenordnung (VGebO). Danach sind die Behörden und nichtrechtsfähigen Anstalten des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände, soweit die beantragte Amtshandlung der Durchführung der Amtsgeschäfte dient, von der Zahlung einer Verwaltungsgebühr befreit.

D

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim

Verwaltungsgericht Berlin
Kirchstraße 7,
10557 Berlin

erhoben werden.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt,

- IV E 1 -

Berlin, den 30. August 2023

Im Auftrag

Wanzek



Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
ASOG Bln	Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz
BerlStrG	Berliner Straßengesetz
BGBI	Bundesgesetzblatt
BImSchG	Bundesimmissionsschutzgesetz
BLN	Berliner Arbeitsgemeinschaft für Naturschutz
BOStrab	Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahn
BVG	Berliner Verkehrsbetriebe
bzw.	beziehungsweise
ERVV	Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung
gem.	gemäß
i.V.m.	in Verbindung mit
ITDZ	IT-Dienstleistungszentrum Berlin
km	Kilometer
LAGeSo	Landesamt für Gesundheit und Soziales
LAGetsi	Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheit und technische Sicherheit Berlin
LfB	Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung
lit.	littera (= Buchstabe)
m	Meter
Nr.	Nummer
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
S.	Seite
SenMVKU	Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
SenStadt	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
SenSW	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
SenUVK	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
UVPG-Bln	Berliner Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
VGebO	Verwaltungsgebührenordnung
VLB	Verkehrslenkung Berlin
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz

Fassungs- und Fundstellennachweis

ASOG Bln	Allgemeines Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz - ASOG Bln) in der Fassung vom 11. Oktober 2006 (GVBl. S. 930), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. März 2023 (GVBl. S. 120)
BerlStrG	Berliner Straßengesetz (BerlStrG) vom 13. Juli 1999 (GVBl. S. 380), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. November 2022 (GVBl. S. 631)
BGG	Gesetz zur Gleichstellung behinderte Menschen - Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) vom 27. April 2002 (BGBl. I S. 1468), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23. Mai 2022 (BGBl. I S. 760)
BOStrab	Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahnen (Straßenbahn-Bau- und Betriebsordnung - BOStrab) vom 11. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2648), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung zur Änderung der Straßenbahn-Bau- und Betriebsordnung vom 01. Oktober 2019 (BGBl. I S. 1410)
DSchG Bln	Gesetz zum Schutz von Denkmälern in Berlin (Denkmalschutzgesetz Berlin - DSchG Bln) vom 24. April 1995 (GVBl. S. 274), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 27. September 2021 (GVBl. S. 1167)
FStrG	Bundesfernstraßengesetz (FStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88 S. 8)
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (GG) (BGBl. S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2478)
MobG BE	Berliner Mobilitätsgesetz (MobG BE) vom 5. Juli 2018 (GVBl. S. 464), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 27. September 2021 (GVBl. S. 1117)
NatSchG Bln	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege von Berlin (Berliner Naturschutzgesetz - NatSchG Bln) vom 29. Mai 2013 (GVBl. S. 140), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 27. September 2021 (GVBl. S. 1166)
PBefG	Personenbeförderungsgesetz (PBefG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. August 1990 (BGBl. I S. 1690), zuletzt geändert durch Artikel 23 des Gesetzes vom 2. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 56 S. 5)
UmwRG	Gesetz über ergänzende Vorschriften zu Rechtsbehelfen in Umweltangelegenheiten nach der EG-Richtlinie 2003/35/E (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz - UmwRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. August 2017 (BGBl. I S. 3290), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 71 S. 3)

UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88 S. 6) geändert worden ist
UVPG-Bln	Gesetz über die Prüfung von Umweltauswirkungen bei bestimmten Vorhaben, Plänen und Programmen im Land Berlin (Berliner Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung - UVPG-Bln) vom 07. Juni 2007 (GVBl. S. 222), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Änderung des Rechts der Umweltverträglichkeitsprüfung in Berlin vom 25. September 2019 (GVBl. S. 612)
VGebO	Verwaltungsgebührenordnung (VGebO) in der Fassung vom 24. November 2009 (GVBl. S. 707, ber. S. 894), zuletzt geändert Art. 3 des Gesetzes zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Glücksspielstaatsvertrag und anderer Rechtsvorschriften vom 18. März 2020 (GVBl.S. 226)
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 71 S. 1)
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154)
VwVfG BE	Gesetz über das Verfahren der Berliner Verwaltung (VwVfG BE) vom 21. April 2016 (GVBl. S. 218), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 27. September 2021 (GVBl. S. 1117)
VwVG	Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz (VwVG) vom 27. April 1953 (BGBl. I S. 157), zuletzt geändert durch Artikel 5 Absatz 1 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436)

